

Unterstützung für vom Krieg in der Ukraine betroffene Studierende

Durch Russlands Invasion in die Ukraine und den damit einhergehenden Bruch des Völkerrechtes braucht es klare und rasche Soforthilfe für ukrainische, russische und belarussische Studierende.

Neben der grausamen Angst um das Wohlbefinden von Familie und Freund_innen steht für viele auch ein großes Fragezeichen vor ihrer finanziellen Lage. Wirtschaftliche Sanktionen zwischen der Europäischen Union und Russland führen zu weiteren, schwerwiegenden Konsequenzen und gefährden existenzielle Bedürfnisse der ukrainischen, russischen und belarussischen Studierendenschaft. Als gewählte Studierendenvertretung muss es die oberste Priorität in dieser Lage sein, allen Betroffenen* schnellstmöglich und unbürokratisch Hilfe zukommen zu lassen.

Anmerkung: unter Betroffenen verstehen wir all jene, die durch die Kampfhandlungen in der Ukraine psychischen oder finanziellen Notlagen ausgesetzt sind. Es sind ausdrücklich Studierende mit ukrainischer(n)/russischer(n)/belarussischer(n) Staatsbürgerschaft bzw. Wurzeln gemeint.

Die Hochschulvertretung Leoben möge daher beschließen, dass:

PSYCHISCHE BELASTUNG

1. die ÖH Leoben Kontakt mit ukrainisch- und russischsprachigen Psycholog_innen aufnimmt, um eine psychologische Beratung in der Muttersprache zu gewähren.
2. die ÖH Leoben in Bezug auf den Pool an Psycholog_innen diesen aufstockt, um die Schwerpunkte auch für Studierende aller Nationen anzupassen.
3. Anfahrtskosten zu ukrainisch- und russischsprachigen Psycholog_innen in der Steiermark von der ÖH Leoben übernommen werden.
4. der Selbstbehalt für die psychologische Beratung für Betroffene* von der ÖH Leoben übernommen wird, indem eine ukrainische/russische/belarussische Staatsbürgerschaft bzw. Wurzeln als Nachweis der Bedürftigkeit gilt. Falls dies für die ÖH Leoben nicht möglich ist, soll eine Einigung zur Mitfinanzierung der Universität gefunden werden.
5. die ÖH Leoben klar kommuniziert, dass sich durch den Krieg der Zorn nicht gegen einzelne Personen mit russischer Staatsbürgerschaft/russischen Wurzeln oder der russischen Kultur richten darf und soll. Sollte es zu Spannungen zwischen ukrainischen und russischen Studierenden kommen, soll auf die Krisenintervention der Bundes-ÖH hingewiesen werden.

BILDUNGSPOLITIK

1. sich die ÖH Leoben dafür einsetzt, dass Betroffene* begonnene Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2022 mit immanenten Prüfungscharakter nicht abschließen müssen und dies nicht als Antritt zählt.
2. sich die ÖH Leoben dafür einsetzt, dass für Betroffene* bei Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2022, in Bezug auf Prüfungsmodalitäten, Deadlines und Abschluss der Lehrveranstaltung Individuallösungen gefunden werden, um auf die betroffenen Studierenden einzugehen.
3. Sich die ÖH Leoben für die Sensibilisierung der Lehrenden auf die Hintergründe der Studierenden in Bezug auf die Kriegssituation einsetzt.

FINANZIELLE ENTLASTUNG

1. die ÖH Leoben sich gegenüber den Studierendenheimbetreiber_innen dafür einsetzt, dass Studierendenheime bei Betroffenen* keine Kautionszahlung verlangen bzw. die Zahlung des Benutzungsendgeldes ausgesetzt werden kann.
2. sich die ÖH Leoben gegenüber den Studierendenheimbetreiber_innen dafür einsetzt, dass auslaufende Verträge für Heimplätze von Betroffenen* auf Wunsch verlängert werden.
3. die ÖH Leoben sich gegenüber den Studierendenheimbetreiber_innen dafür einsetzt, dass ukrainische Studierende, die ihr für das Wintersemester 2022/23 geplante Auslandssemester verfrüht antreten, bereits ihre Studierendenheimzimmer beziehen können.
4. die ÖH Leoben einen Fördertopf in Höhe von 42.000€ einrichtet und ein geeignetes Konzept zur Finanzierung von zinsfreien Darlehen und Förderungen erstellt werden soll. Das Konzept soll gemeinsam vom Vorsitz, dem Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Referat für soziale Angelegenheiten erstellt werden. Die Vergabe als Darlehen oder Förderung ist dabei von der langfristigen finanziellen Situation der Antragstellenden abhängig. Es sollen dazu auch Gespräche mit der Universität über eine mögliche finanzielle Beteiligung der Universität geführt werden. Dieser Fördertopf soll von Betroffenen beantragbar sein und auf allen Kanälen beworben werden. Die Anträge sollen dabei schnellstmöglich abgewickelt werden, damit es nicht zu finanziellen Engpässen bei den Betroffenen kommt.

INFORMIEREN

1. die ÖH Leoben aktiv auf allen Kanälen, wiederholt und auch auf Englisch, Ukrainisch und Russisch über Hilfestellungen für Betroffene* informiert.
2. auf der Website der ÖH Leoben alle Informationen zum Ukraine- Krieg, die die Studienbedingungen betreffen, dargestellt werden und auf die zusätzlichen Angebote der Bundes ÖH hingewiesen wird.
3. die ÖH Leoben Kontakt mit allen steiermärkischen Hochschulen aufnimmt. Ziel dieser Gespräche soll sein, dass gemeinsam Probleme beim Kontozugriff Betroffener* gelöst werden und es eine Steiermark weite Regelung für einen Fördertopf der steiermärkischen Städte gibt.
4. ein ÖH- internes "Notfall- Center" eingerichtet wird. Diese Stelle soll referatsübergreifend arbeiten und kann durch eine separate E-Mail konkret von Betroffenen kontaktiert werden.
5. die ÖH- Leoben mindestens eine_n Sachbearbeiter_in einsetzt, der_die Ukrainisch spricht.
6. die ÖH Leoben aktiv auf allen Kanälen darauf aufmerksam macht, dass vom Referat für ausländische Studierende der Bundes-ÖH (ar@oeh.ac.at) und der NGO "Helping Hands" (info@helpinghands.at) SofortRechtshilfe gegeben wird. Diese soll Studierenden, die z.B. Fragen zu österreichischen Stipendien haben oder die finanzielle Unterstützung durch die Eltern verloren haben, unterstützen.
7. sich das Vorsitz- Team der ÖH Leoben in der nächsten E-Mail-Aussendung entschuldigt, die derzeitige Situation als "Ukraine- Krise" benannt zu haben und jene zukünftig klar als "Ukraine-Krieg" betitelt.